

Siebzehnte Sitzung – Dix-septième séance**Freitag, 21. März 1997****Vendredi 21 mars 1997**

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Stamm Judith (C, LU)

Präsidentin: Ich mache Sie auf eine Neuerung aufmerksam: Sie haben wie üblich die graue Liste mit parlamentarischen Vorstössen erhalten. Wir werden sie am Ende der Sitzung behandeln. Gemäss Reglement müssen wir bei jeder einzelnen Interpellation über die Diskussion entscheiden. Neu müssen jene Ratsmitglieder, die die Diskussion über einen bestimmten Vorstoss bekämpfen, dies im Voraus melden. Wir beschliessen dann in globo; einzeln wird nur noch über jene Vorstösse abgestimmt, bei denen die Diskussion bekämpft wird. Mit diesem Vorgehen werden wir viel Zeit und Nerven sparen.

Sammeltitel – Titre collectif

**Aussenwirtschaftspolitik
und Europäisches Parlament.
Berichte****Politique économique extérieure
et Parlement européen.
Rapports**

97.002

**Aussenwirtschaftspolitik.
Bericht 1996/I, II
Politique économique extérieure.
Rapport 1996/I, II***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 417 hiervor – Voir page 417 ci-devant

96.116

**Delegation Efta/Europäisches Parlament.
Bericht
Délégation AELE/Parlement européen.
Rapport***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 418 hiervor – Voir page 418 ci-devant

Zapfl Rosmarie (C, ZH): Die christlichdemokratische Fraktion nimmt vom Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II in zustimmendem Sinne Kenntnis. Sie dankt Herrn Bundesrat Delamuraz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

für diese gute, umfassende Arbeit. Dieser Bericht ist wieder umfassend und interessant; er verdient es, dass in diesem Rat intensiv darüber diskutiert wird. Er gibt einen guten Überblick über die Tätigkeiten im Jahre 1996. Es wird auch umfassend über die nationalen, regionalen und globalen Ebenen der Wettbewerbsfähigkeit informiert.

Es ist für uns alle von Vorteil, uns tiefere Gedanken zu den Aussenwirtschaftsbeziehungen zu machen. Nur wenn wir realistisch die heutige Wirtschaftssituation analysieren, sehen wir den Handlungsbedarf des Staates.

Nach wie vor steht der Wirtschaftsstandort Schweiz vor grossen Herausforderungen und dramatischen Veränderungen. Unsere Wirtschaft stagniert seit sechs Jahren. Im In- und Ausland sind Verluste von Marktanteilen zu registrieren. Wenn wir feststellen, dass sich 63 Prozent unserer Exporte im Europäischen Wirtschaftsraum abwickeln, wird klar, dass Europa der natürliche Lebensraum unserer Wirtschaft ist. Dies wirkt sich nicht nur auf die Handelsbeziehungen, sondern immer stärker auch auf die Arbeitsplätze aus. Von der Schweiz werden Arbeitsplätze in den EU-Raum verlegt, aus dem EU-Raum gibt es jedoch keine wesentlichen Neuschaffungen.

Neue Arbeitsplätze können neben anderen Massnahmen vor allem mit stärkerem Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Dazu sind die Rahmenbedingungen zu ändern. Es ist nicht allein die Bewilligungspraxis, die ausführungsfähige Projekte verhindert; es sind die jahrelangen Verzögerungen durch Rechtsmittelverfahren durch alle Instanzen, die auf Einsprachen zurückzuführen sind. Die Probleme in diesem wichtigen Teilbereich, der immense Auswirkungen auf unsere Wirtschaft hat, sind auf politischer Ebene anzugehen. Ich möchte auf eine Organisation hinweisen, der wir angeschlossen sind. Die Schweiz als Mitglied der WTO wurde von dieser Organisation bezüglich ihrer Aussenhandelspolitik geprüft; das ist das zweite Mal seit 1991. Die getroffenen Massnahmen unseres Parlamentes zur Umsetzung der WTO-Abkommen und zur Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft werden darin positiv bewertet. Daneben hat aber die WTO Befürchtungen über das hohe Inlandpreisniveau geäussert.

Eine Delegation von Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentariern konnte in Genf Herrn Generaldirektor Ruggerio einen von 130 Parlamentsmitgliedern unterzeichneten Appell übergeben. Wir haben ihn gebeten, an der WTO-Ministerkonferenz in Singapur im Dezember 1996 die Anliegen für eine ausgewogene, umwelt- und sozialverträgliche WTO-Politik einzubringen. Das Echo auf diese Stimme aus dem Schweizer Parlament war leider sehr gering.

Der Motor der westlichen Wirtschaft, die USA, läuft nach wie vor auf Hochtouren. Das Wirtschaftswachstum in Fernost ist intakt, und Japan ist auf Erfolgskurs zurückgekehrt. Die Zukunftsmärkte Indien und China öffnen sich, so dass die Exportindustrie unseres Landes auf eine aktive Wirtschaftspolitik angewiesen ist.

Nach wie vor ist die Schweiz im Welthandel in Aussenseiterposition. Solange wir europäischen und globalen politischen Organisationen nicht als Mitglied angehören, werden wir auch im wirtschaftlichen Bereich Nachteile in Kauf nehmen müssen. Grosse Teile von Wirtschaft, Bildung und Forschung sind auf die Öffnung der Schweiz angewiesen. Wir tragen dabei eine Verantwortung, die nicht zu leicht genommen werden darf. Die Frage steht im Raum, wie lange wir noch als Trittbrettfahrer dabeisein wollen.

Ich bitte deshalb den Bundesrat im Namen der Fraktion der CVP, weiterhin aktiv Verhandlungen zu führen und nebst dem Beziehungsnetz zu West- und Osteuropa auch die Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen Weltmärkten zu festigen. Die CVP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden können. Mit Risikobereitschaft kann der Schweizer Wirtschaft bestimmt zum Aufschwung verholten werden.

Ehrler Melchior (C, AG): Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II enthält wie üblich eine eindrückliche Auflie-

stung der bilateralen und multilateralen Handelssysteme, in die unser Land eingebunden ist. Nach Auffassung der CVP-Fraktion ist es gerade heute wichtig, daran zu erinnern, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und damit letztlich auch die Arbeitsplätze sehr eng damit zusammenhängen, dass unsere Wirtschaft Zutritt zu fremden Märkten hat. Wer nun allerdings wissen möchte, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll, findet im Bericht nicht allzuviel Konkretes. Wohl wird beispielsweise über die laufenden Verhandlungen berichtet, und es wird die WTO-Ministerkonferenz in Singapur als eines der markantesten Ereignisse an der Aussenwirtschaftsfront aufgeführt. Die Vorstellungen des Bundesrates, etwa über die künftige Rolle der WTO, sind im Bericht jedoch höchstens in zarten Ansätzen zu erkennen. Diese relative Unbestimmtheit kann wohl kaum überraschen. Es ist nämlich beispielsweise nicht zu übersehen, dass wir schon in sehr kurzer Zeit intensive Diskussionen führen werden, etwa über den Zusammenhang zwischen der weitergehenden Liberalisierung und den Arbeitsplätzen oder über den Zusammenhang zwischen Handel und Umwelt.

Aus all diesen Diskussionen wird sich als Ergebnis wohl kaum ergeben, dass Liberalisierung als oberstes und einziges Prinzip der richtige Weg in die Zukunft darstellt.

Die CVP-Fraktion hält es für ausserordentlich wichtig, dass diese Diskussion rasch geführt wird, damit über den einzuschlagenden Weg wieder vermehrt Klarheit herrscht. Nebenbei bemerkt: Ich kann aus meiner beruflichen Erfahrung den im Bericht aufscheinenden Eindruck bestätigen, dass wir da und dort international in eine Isolierung geraten sind, die alles andere als hilfreich ist.

Ich möchte nun noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, welcher in jüngster Zeit die Landwirtschaft intensiv beschäftigt. Es wurde in der Vergangenheit immer wieder betont – ich stimme darin überein –, dass für einen Kleinstaat wie die Schweiz ein multilaterales Handelssystem von existentieller Bedeutung sei, und es wurde immer wieder herausgestrichen, dass ein Kleinstaat sich dank eines solchen Systems gegen Diskriminierungen anderer Staaten wehren könne.

Wir machen gerade in diesem Punkt in letzter Zeit sehr missliebige Erfahrungen. Ich nehme hier nur zwei Beispiele: die ganze BSE-Problematik und die Gentechnologie im Nahrungsmittelbereich. Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen hier mit aller Klarheit die Tendenz, Handelsregeln unter dem Vorwand von reellen oder meistens vorgeschobenen gesundheitlichen Argumenten schlicht auszuhebeln. Das geht in der Zwischenzeit so weit, dass beispielsweise im Fall Deutschland nicht nur das Land selber, sondern sogar einzelne Bundesländer Sonderzüge fahren. Diese ganze «Aktionitis» vollzieht sich jenseits von sachlicher Argumentation. Sie ist durch kurzfristige wirtschaftliche und meist auch politische Interessen diktiert. Es ist in diesem Zusammenhang höchst interessant, wie die Opposition die Politik der Bonner Regierung beurteilt.

Wir haben heute – bezogen auf die BSE – die Situation, dass eine grosse Anzahl von Ländern gegenüber der Schweiz diskriminatorische Massnahmen ergriffen hat. Einer Ihrer Amtsdirektoren, Herr Bundesrat, sprach in diesem Zusammenhang gestern im «Bund» von einem Handelskrieg gegen die Schweiz. Auch bei der Gentechnologie im Nahrungsmittelbereich ist damit zu rechnen, dass in den einzelnen Ländern unterschiedliche Regelungen gelten werden, dies trotz Binnenmarkt, trotz WTO usw. Wir riskieren hier in der Schweiz auch, Regelungen zu treffen, obwohl wir praktisch keinen Einfluss auf das weltweite Angebot an Soja haben.

Zurück zur BSE: Es ist sehr löblich, dass ein Mitarbeiter Ihrer Verwaltung, Herr Bundesrat, in einem Interview in einer deutschen Zeitung kürzlich klipp und klar gesagt hat, dass wir in der Schweiz auch keine BSE-Fälle finden würden, wenn wir gleich wie die Deutschen kontrollieren würden. Nur ist damit das Problem noch nicht gelöst.

Herr Bundesrat, ich habe in diesem Zusammenhang zwei Fragen an Sie:

1. Teilen Sie die Befürchtung, dass vorgeschobene gesundheitspolitische Argumente bestehende handelspolitische Regeln praktisch immer weniger vorhersehbar machen?

2. Werden wir es erleben – ich brauche hier, weil es besonders mit Blick auf die Bundesrepublik so anregend ist, das Bild von der kleinen Maus und vom Elefanten –, dass die kleine Maus es wagt, den Elefanten in die Schranken zu weisen? Oder nüchtern formuliert: Wird der Kleinstaat Schweiz erfolgreich jene Instrumente ausschöpfen können, die ihm in einem multilateralen Handelssystem zustehen?

Frey Walter (V, ZH): Im Namen der SVP-Fraktion möchte auch ich den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II herzlich verdanken. Er ist in der Tat eine gute Analyse in bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im internationalen Kontext. So ein Bericht kann natürlich nur eine Vergangenheitbewältigung sein, vielleicht auch eine Festbeschreibung des Ist-Zustandes; aber es wird an uns allen liegen – dem Parlament und dem Bundesrat –, daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen, wenn wir die angesprochene Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz für die Zukunft verbessern wollen. Nach sechs Jahren Nullwachstum ist es weisss Gott an der Zeit, dass wir etwas tun und nicht nur analysieren.

Es darf auch nicht sein, dass wir uns nun in gegenseitigen Schuldzuweisungen ergehen; diese bringen der Wirtschaft überhaupt gar nichts. Wenn ich Schuldzuweisungen sage, dann meine ich beispielsweise jene Leute – der Sprecher der Kommission ist heute leider nicht anwesend, darum nenne ich ihn nicht beim Namen, und auch der Sprecher der liberalen Fraktion, der in dieses Horn gestossen hat, ist nicht anwesend –, die behaupten, die Schweiz sei europäisch gesehen isoliert. Ich meine aber auch die anderen – da zähle ich mich auch dazu –, die sagen, die Schweiz mache aus ihrer Unabhängigkeit zu wenig. Auch diese Leute machen eigentlich Schuldzuweisungen. Das können wir uns heute nicht mehr leisten. Wir müssen uns zusammenraufen, um miteinander die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im internationalen Rahmen verbessern zu helfen.

Ich gebe Ihnen dazu ein paar Stichworte: Entbürokratisierung für unsere KMU, Schaffung eines attraktiven Steuerklimas für unsere Unternehmen, eine Ausbildungsoffensive, Sanierung der Staatsfinanzen – all das müssen wir miteinander anpacken und umsetzen.

Wir werden eine Sondersession haben. Denken wir doch einmal daran: Heute haben wir den letzten Tag der Session. Beginnen wir wieder neu, handeln wir zusammen, nehmen wir diese Gelegenheit der Sondersession wahr, und packen wir die Dinge an, die mithelfen sollen, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Schuldzuweisungen, wie ich sie vorher genannt habe, kreieren nur eines, nämlich Unsicherheit und Pessimismus im Lande. Dieser Pessimismus, der im Lande herrscht, ist verantwortlich für das Nullwachstum, das wir gehabt haben. Es ist nicht die Exportwirtschaft, die trotz einem starken Schweizerfranken auch im Jahre 1996 noch um 2 Prozent gewachsen ist, nachdem sie 1995 um 4 Prozent gewachsen war. Es ist der Binnenmarkt, der nicht mehr spielt, der geprägt ist von Pessimismus. Der Binnenmarkt macht halt doch beinahe zwei Drittel unseres Bruttosozialproduktes aus und ist für das Wachstum unserer gesamten Wirtschaft entscheidend.

Ich möchte hier an diesem Freitag noch sagen: Wir haben in unserem Land allen Grund zu einem moderaten Optimismus. Die Schweizerische Nationalbank hat die Geldmenge nachhaltig ausgedehnt; das hat zu tieferen Zinsen geführt und mitgeholfen, die Bewertung des Schweizerfrankens ein bisschen akzeptabler zu machen. Eine tiefere Bewertung des Schweizerfrankens bringt eindeutige, starke Vorteile für die Exportwirtschaft und für unseren Tourismus; nützen wir das aus! Auf den internationalen Märkten haben wir ein nachhaltiges Wachstum im Fernen Osten zu verzeichnen. Wir haben nachhaltiges Wachstum in Nord- und Südamerika. Wir haben eine Stagnation in Zentraleuropa, das gebe ich zu; diese Staaten ächzen unter den Erfüllungskriterien von Maastricht. Aber das wird durch das Wachstum anderer Märkte aufgewogen.

Wir haben dank unserer Diplomatie und Handelsdiplomatie auch Fortschritte in der WTO zu verzeichnen. Die sogenann-

ten «zero to zero agreements» oder «Null zu Null»-Vereinbarungen» ermöglichen uns, in ganzen Bereichen zollfrei mit praktisch der ganzen Welt handeln zu können. Vor allem unsere Pharmaindustrie kann das als Positivum vermerken. Noch etwas, vor allem für die Leute, die mental immer noch nicht von der Vorstellung weggekommen sind, dass wir isoliert seien: Wir haben – fast unbemerkt von der schweizerischen Öffentlichkeit – etwas getan, das für die Schweizer Wirtschaft ganz grosse Bedeutung hat. Es wurde ein neues Freihandelsystem geschaffen in bezug auf die paneuropäische Ursprungskumulierung. Wenn Sie es mir nicht glauben wollen – das kann ich noch begreifen, das ist emotionell und subjektiv –, dann glauben Sie es bitte dem Bericht, den Sie hoffentlich alle gelesen haben! Ich zitiere Ihnen aus dem Bericht – es ist also nicht ein EWR-Gegner, der spricht; der Bericht wurde von Leuten verfasst, die grösstenteils für den EWR eingetreten sind –, Seite 18: «Die Schaffung eines Freihandelssystems mit paneuropäischer Ursprungskumulierung stellt den wohl wichtigsten handelspolitischen Fortschritt in unseren europäischen Handelsbeziehungen seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens von 1972 dar. Es wird die wirtschaftliche Integration zwischen der Schweiz und ihren wichtigsten europäischen Handelspartnern fördern und vertiefen.» Wahrhaft! Handelspolitisch gesehen etwas, das zu Optimismus Anlass gibt.

Ich gebe absolut zu, dass mit diesem handelspolitischen Vertrag – der ja in einer weit grössere Region als nur in der EU gilt, nämlich für 500 Millionen Leute in EU, Efta und zehn Freihandelsstaaten in Europa, Mittel- und Osteuropa mit eingeschlossen – die bilateralen Verhandlungen mit der EU nicht ausser Traktandum, sondern äusserst wichtig sind. Aber dieser Vertrag ist eine solide Basis, auf die wir unsere handelspolitische Zukunft bauen können.

Verharren wir also nicht in dieser pessimistischen Haltung! Arbeiten wir zusammen, von links bis rechts! Nehmen wir die Aprilsession als Anfang für die Zukunft!

Ich glaube, jedermann und jeder Frau in diesem Saal ist es klar: Das Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für unseren Sozialstaat. Zur soliden Finanzierung unserer Sozialwerke ist ein zweiprozentiges Wachstum der Schweizer Wirtschaft nötig. Auch in dieser Beziehung tut dieses Wachstum dringend not.

Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 96/I, II. Sie stimmt den Bundesbeschlüssen zu den internationalen Wirtschaftsvereinbarungen, zu den Änderungen der Schweizer WTO-Verpflichtungsliste und der Änderung des Zolltarifgesetzes sowie dem Bundesbeschluss betreffend Änderungen der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein zu. Sie nimmt auch Kenntnis vom Bericht der Delegation Efta/Europäisches Parlament.

Moser René (F, AG): Die Fraktion der Freiheits-Partei nimmt Kenntnis von diesem Bericht. Die Freude hält sich in Grenzen, es ist kein Bestseller. Dieser Bericht gleicht den drei, vier früheren Berichten, die ich noch in Erinnerung habe. Ich knüpfe an die Mäusegeschichte an, die der Sprecher der CVP-Fraktion erzählt hat. Es ist tatsächlich zum «Mäusemelen», wenn man sieht, dass bei der heutigen Wirtschaftssituation eigentlich nichts Neues los ist. Wenn wir den Bericht etwas näher ansehen, stellen wir fest, dass er unseren schweizerischen Wirtschaftsraum beklagt, dass er Exportprobleme sieht. Ich komme noch gezielt auf einzelne Sprecher zurück.

Es ist völlig richtig, dass sich der Bericht mit der EU, mit unseren Nachbarn, befassen muss. Ich denke aber, dass es in der heutigen Situation noch Wichtigeres geben würde. Der Bericht zeigt doch deutlich, dass man sich nur gerade auf die EU fokussiert hat. Ich habe manchmal das Gefühl, dass sich der Bundesrat bzw. die Verwaltung wie ein Kaninchen vor der Schlange verhält – erstarrt – und dabei nichts anderes mehr sieht. Vor allem sieht er nicht mehr, dass es Wirtschaftsräume wie Asien mit einem Wachstum von annähernd 10 Prozent gibt, wobei ich nicht behaupte, dass das volkswirtschaftlich das Beste und das Gelbe vom Ei sei. Hohe Wirtschaftswachstumsraten haben ihre Tücken, aber ich

meine doch, dass man hier vermehrt ein Auge darauf werfen müsste.

Im Bericht finden Sie nicht einmal fünf ganze Seiten, die sich explizit mit Amerika und dem asiatisch-pazifischen Raum auseinandersetzen. Gemessen an den Marktmöglichkeiten in diesen Räumen, ist das für mich eine totale Verarmung. Hier müsste man doch aktiv werden. Es würde sich lohnen, eine Task force für eine aktive Wirtschaftspolitik in diesen Räumen einzusetzen. Wir haben in unserem demokratischen System Leute – ich sage das nicht, um mich schmeichlerisch für einzelne Personen einzusetzen – wie Staatssekretär Blankart, der hervorragende Verhandlungserfahrung hat. Ich sehe nicht ein, warum er seinen Daimler allzu oft hier auf dem Parkplatz abstellen soll. Ich sehe nicht ein, warum ein so gewiefter Verhandlungspartner nicht explizit für das wichtige Mandat, in diesen Räumen wirklich aktiv zu werden, eingesetzt wird.

Ich weiss natürlich, warum: Das würde doch die bilateralen Verhandlungen, wie man sagt, etwas stören. Aber denken Sie doch auch strategisch, mein Gott! Als Stratege muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie jetzt Verhandlungen mit einem Partner führen und ganz genau wissen, dass sie keinen starken Rücken haben – das wäre nämlich unser Volk –, dann wäre es nicht so schlecht, wenn sie in der Zwischenzeit, wenn Sie noch absolut frei und handlungsfähig sind, sich in diesen Räumen bewegen würden, sich etwas vornehmen würden, das über diesem bilateralen Gespräch steht. Wenn es denn jemals überhaupt dazu kommen würde – das ist eine strategische Überlegung –, dass Sie irgendwann eine Einigung finden, sind Sie von diesem Zeitpunkt an gar nicht mehr in der Lage, in diesen Räumen bilateral zu verhandeln. Das geht dann nicht.

Deshalb habe ich eine grosse Bitte an Sie, Herr Bundesrat: Hier muss etwas geschehen. Hier muss man vermehrt aktiv werden. Ich habe gehört, dass Sie im Ständerat gesagt haben, dass wir die Globalisierung akzeptieren und uns damit selbstverständlich auch der Konkurrenz stellen müssten – richtig. Wir müssten der Herausforderung mit grösserer Geschwindigkeit und höherer Intensität begegnen; das haben Sie gesagt. Genau das müssten Sie in diesen Wirtschaftsräumen tun. Das wäre jetzt wirklich richtig. Davon finde ich – entschuldigen Sie bitte – im Bericht viel, viel zuwenig. Das müsste das Zentrum unserer heutigen Diskussion sein, wir sollten nicht dauernd Diskussionen über das führen, was wir alles verpassen.

Ich komme damit zu einzelnen Rednern: Im ersten Teil der Behandlung ist Frau Bäuml ein mal mehr mit der gleichen Leier gekommen: Sie beklagt, dass der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik zuwenig über Menschenrechte enthalte, sich zuwenig intensiv mit Menschenrechten befasse. Das ist ein Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, das ist kein Bericht über die Menschenrechtskonventionen oder was auch immer. Das ist nicht die zentrale Frage in diesem Bereich. Man muss doch kein Menschenverächter sein, wenn man in der Politik einmal über unsere Wirtschaft spricht, die florieren sollte.

Herr Mühlemann hat uns das auch gesagt. Er sagte, es sei bedauerlich – da stimme ich mit ihm überein –, dass man sich für die Aussenwirtschaftspolitik in der Schweiz wenig Zeit nehme. Man muss sich ja nicht immer gleich in den Haaren liegen, aber da ist wirklich Not am Mann. Unser Problem ist, dass wir in unserem System zu erstarren beginnen und uns immer im Kreis drehen.

Zuletzt noch zu Frau Zapfl – sie ist nicht hier, schade! –: Sie kommt hierher und erwähnt in bezug auf den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik u. a. – völlig unmotiviert –, die Schweizer Unternehmungen würden immer mehr Arbeitsplätze in die EU verlegen. Ich lese das nirgends. Sie sagt weiter, es würden für uns nur noch Nachteile entstehen, wenn wir nicht in der EU wären. Lassen wir ihr ihren Glauben. Es kommt dann noch etwas hinzu, wovon ich auch eine Ahnung habe: Sie sagt uns, wir seien Trittbrettfahrer. Frau Zapfl – wo auch immer Sie sind –, Sie haben nicht gemerkt, dass die heutigen Autos gar keine Trittbretter mehr haben, und deshalb können wir auch nicht Trittbrett fahren. Sie müssen sich auch an die moderne, neue Zeit anpassen.

Ich bitte Sie – trotz der Kritik, lieber Herr Bundesrat –, diesem Bericht wohlwollend zuzustimmen, aber gleichzeitig bitte ich Sie auch – wir sind ja nicht in einer der Bundesratsparteien –, Ihre Kollegen in den Hintern zu treten und ihnen gelegentlich die Globalisierung zu erklären; denn offensichtlich redet man nur von Globalisierung, aber spricht dann nur gerade von Europa.

Thür Hanspeter (G, AG): Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat Herrn Moser, der sich als superschlauer Stratege profilierte, nun mit Sicherheit in die Verhandlungsdelegation aufnehmen wird. So viel Potential muss der Bundesrat unbedingt nutzen!

Spass beiseite! Dieser Bericht ist sehr informativ, es gäbe hierzu einiges zu sagen. Angesichts der vorgerückten Zeit beschränke ich mich auf einen Punkt, auf den Ausschuss für Handel und Umwelt. Die Grünen hatten nach der Konferenz von Marrakesch grosse Hoffnungen auf den von der Schweiz vorgeschlagenen Ausschuss für Handel und Umwelt gesetzt. Die Grüne Partei hat – nicht zuletzt gestützt darauf – den WTO-Beitritt damals unterstützt. Wir sind überzeugt, dass der Umweltschutz im globalen Massstab nur dann einen qualitativen Sprung nach vorne machen kann, wenn es gelingt, die Umweltpolitik in die Welthandelspolitik zu implementieren.

Leider ist der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik zu diesem Thema aber ausserordentlich dünn ausgefallen. Auf Seite 57 stehen knapp 10 Zeilen zu dieser wichtigen Problematik. Wir erfahren dort nichts über die Konferenz von Singapur. Wie beurteilt der Bundesrat die Ergebnisse dieser Konferenz? Ich wäre froh, wenn der Bundesrat zu diesem Punkt noch einige Präzisierungen machen könnte.

Insbesondere interessiert uns die Gesamteinschätzung in bezug auf die Zukunft. Im Bericht heisst es, dass der Schwerpunkt der Arbeiten im Ausschuss für Handel und Umwelt die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen WTO-Regeln und den in multilateralen Umweltabkommen enthaltenen Handelsbestimmungen gewesen sei. Die Schweiz habe einen Vorschlag eingebracht, der auf eine bessere Vereinbarkeit zwischen den beiden Sachgebieten ziele. Worin besteht nun dieser Vorschlag? Wurde er angenommen?

Etwas gar sec kommt dann die zentrale Feststellung in diesem sehr knappen Abschnitt daher: «Die Kernfrage, ob die Bestimmungen des multilateralen Handelssystems zur Verbesserung einer nachhaltigen Entwicklung geändert werden müssten, konnte bis anhin nicht geklärt werden.» Das ist eine Feststellung, die uns Grüne überhaupt nicht erfreut, im Gegenteil, sie erfüllt uns mit Sorge und legt die Frage nahe: Wie sieht das in bezug auf die Zukunft aus? Haben wir da einfach einen Ausschuss für Handel und Umwelt, der nur diskutiert und nichts entscheidet? Wie schätzt der Bundesrat diesbezüglich die Zukunft dieses Ausschusses ein?

Weiter heisst es, die Debatte sei von Nord-Süd-Gegensätzen geprägt. Konkret geht es darum, dass sich die Länder der Dritten Welt gegen höhere Umweltstandards wehren, weil sie dahinter protektionistische Massnahmen der Industrieländer wittern. Wir sind der Auffassung, dass besserer globaler Umweltschutz von den Entwicklungsländern nicht gratis zu haben ist. Wir müssen uns also überlegen, was wir diesen Ländern anbieten können, damit die Standards verbessert werden können. Meine Frage an den Bundesrat: Gibt es Strategien, diese berechtigten Ängste der Entwicklungsländer aufzufangen? Hat der Bundesrat, wenn er im Rahmen dieses Ausschusses weiterhin Vorschläge macht, ein Konzept, wie er die Entwicklungsländer in einen verbesserten Umweltschutz einbeziehen kann?

Zum Schluss komme ich zu einem positiven Aspekt: Der Ad-hoc-Ausschuss für Handel und Umwelt ist inzwischen auf Initiative der Schweiz zu einem ständigen Ausschuss gemacht worden. Das ist ein wichtiger Beschluss, weil er zum Ausdruck bringt, dass die Umweltpolitik in der WTO zu einem ständigen Thema wird, auch wenn wir leider feststellen müssen, dass in materieller Hinsicht noch wenig gelaufen ist. Wir anerkennen diesen Erfolg der schweizerischen Handelsdiplomatie und hoffen sehr, dass die diesbezüglichen An-

strengungen und Bemühungen in den nächsten Jahren nicht nachlassen. Wir werden diesen Prozess weiterhin sehr aufmerksam und sehr kritisch verfolgen und hoffen, dass wir nächstes Jahr wieder eine positive Meldung erwähnen dürfen.

In diesem Sinne nimmt die grüne Fraktion in zustimmenden Sinn von diesem Bericht Kenntnis und bittet Sie, auch den Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Präsidentin: Die LdU/EVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie vom Bericht Kenntnis nimmt und den fünf Bundesbeschlüssen und der Gesetzesrevision zustimmt.

Vollmer Peter (S, BE), Berichterstatter: Ich möchte es kurz machen, nachdem ich bereits im Eintretensvotum eingehend auf die Behandlung dieses Berichtes in der Aussenpolitischen Kommission eingegangen bin.

Aufgrund der Voten der Fraktionssprecher möchte ich zwei Bemerkungen anbringen:

Herr Moser, in der Diskussion in der APK haben wir uns überhaupt nicht auf die EU fokussiert. Wenn Sie den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik lesen – ich habe das einleitend dargestellt –, dann sehen Sie, dass dieser Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik überhaupt nicht die Tendenz hat, sich nur mit dem europäischen Wirtschaftsraum auseinanderzusetzen, im Gegenteil. Ein Schwergewicht des Berichtes ist gerade die multilaterale Einbindung der Schweiz, ist gerade der Schwerpunkt WTO, sind gerade die Perspektiven, die wir in Asien und in Amerika haben. Manchmal hat man das Gefühl, einzelne Mitglieder, die an Kommissionssitzungen teilnehmen, nehmen gar nicht wahr, wie die Diskussionen abgelaufen sind.

Es ist vollkommen falsch, wenn Herr Frey Walter sagt, man klage über diese Isolierung, in der wir stecken, sie sei offenbar nur mental: Herr Frey, man muss natürlich, wenn wir über Aussenwirtschaft sprechen, immer wieder betonen, dass mehr als zwei Drittel unseres Aussenwirtschaftsvolumens mit der Europäischen Union abgewickelt werden. Das ist und bleibt unser wichtigster Wirtschaftsraum. Benachteiligungen in diesem Wirtschaftsraum wirken sich entsprechend gravierend auf unsere Wettbewerbsfähigkeit, auf unsere Standortqualität aus.

Herr Frey hat immerhin darauf hingewiesen – der Bericht über die Efta wurde in der Diskussion sonst wenig angesprochen –, dass eines der markanten positiven Ergebnisse unserer Aussenwirtschaftspolitik im letzten Jahr die paneuropäische Kumulation darstellt, also eine Qualitätsverbesserung des europäischen Freihandelsystems unter Einbezug der Efta-Länder. Aber ich muss Ihnen sagen, Herr Frey, so wichtig die Bedeutung dieser europäischen Kumulation ist: Diese europäische Kumulation wird noch nicht zum Zuge kommen, beispielsweise bei den Freihandelsabkommen, die jetzt im Mittelmeerraum in Aussicht stehen. Dort kann diese paneuropäische Kumulation noch nicht zur Anwendung kommen; dort werden wir weiterhin ein gewisses Diskriminierungspotential, und zwar auch in bezug auf die Ursprungsregeln, haben.

Es gilt festzuhalten, Herr Frey, dass diese paneuropäische Kumulation zwar die Diskriminierung der Ursprungsregeln beseitigt, nicht aber alle übrigen handels- und ausenwirtschaftlichen Probleme und Diskriminierungen. Sie selber haben darauf hingewiesen, wie wichtig beispielsweise die Frage der Zusammenarbeit und der Verstärkung auch für den Forschungs- und Bildungsplatz Schweiz ist. Gerade in bezug auf den Forschungs- und Bildungsplatz Schweiz – eine wesentliche Ressource, auch unserer ausenwirtschaftlichen Standortqualität – bleiben wir in unserer Situation natürlich ausgeschlossen. Da können alle multilateralen Einbindungen in die WTO keinen entscheidenden Beitrag leisten. Auch die paneuropäische Kumulation kann uns über die Diskriminierungen, die wir in der Forschungszusammenarbeit erleben, nicht hinweghelfen.

Ich wollte als Referent auf diesen wichtigen Zusammenhang hinweisen. Ich glaube, es ist wichtig festzustellen, dass wir, trotz einer zunehmenden multilateralen Einbindung der

Schweiz – darauf hat Herr Ehrler hingewiesen –, nicht davon entbunden werden, unsere eigenen Rahmenbedingungen zu verändern und zu verbessern. Das bedeutet aber – und das wurde in der Kommission eingehend beraten –, dass wir den Spielraum, den wir weiterhin haben, auch ausnutzen, dass wir in bezug auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit nicht von unseren Standards abweichen müssen und dürfen, sondern dass wir auch in einem multilateralen Handelssystem unseren eigenen Spielraum und unsere Standards wahren und uns gerade auch in bezug auf den Gesundheitsschutz nicht mit Blick auf die weite Welt nivellieren müssen.

In diesem Sinne, glaube ich, hat auch die Debatte in der APK gezeigt, dass wir als Parlament bereit sind, die Bedeutung dieser aussenwirtschaftlichen Tätigkeiten richtig zu würdigen. Es geht überhaupt nicht darum, dass wir einzelne Bereiche gegeneinander ausspielen, dass wir die Frage der Menschenrechte nicht auch als Bestandteil der Aussenwirtschaftspolitik definieren möchten. Der Bundesrat selber hat in seinem aussenpolitischen Bericht im Klartext dargelegt, dass wir heute auf dem Weg zu einer kohärenten Politik sind, in der Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtspolitik in einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise miteinander verknüpft werden müssen.

Ich bin überzeugt – ich darf Ihnen das im Namen der Kommission sagen –, dass wir diesbezüglich vom Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II in positivem Sinne Kenntnis nehmen können, und ich bitte Sie noch einmal, das ebenfalls zu tun, die entsprechenden Vereinbarungen gutzuhessen und auch vom Bericht der Efta-Delegation Kenntnis zu nehmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: C'est le dernier vendredi, c'est le premier jour du printemps, vous avez eu le temps de lire les 291 pages du bestseller de l'année – le rapport sur la politique économique extérieure et les messages qui l'accompagnent –, et nous allons reprendre le débat économique ici même dans un mois.

Cela, je crois, m'autorise à être relativement bref et à ne pas prétendre répondre, avec conscience et ponctualité, à toutes les questions, car il y en avait beaucoup qui ont été évoquées dans ce débat. J'en choisirai quelques-unes, et j'aborderai tout d'abord la question de la forme du rapport sur la politique économique extérieure.

Dans ce domaine, je dis oui aux propositions de MM. Tschoopp et Vollmer, rapporteurs de la commission, qui ont suggéré de traiter quelque peu plus complètement le problème de la Banque nationale suisse, et en particulier d'analyser sa politique monétaire. Mais, de grâce, il y a dans ce pays de l'ordre constitutionnel, et je ne saurais, dans un rapport du Conseil fédéral, m'exprimer d'une manière définitive, péremptoire ou critique sur les compétences, notamment les compétences monétaires, de la Banque nationale suisse.

Une deuxième remarque de la part des rapporteurs, avec laquelle nous sommes également d'accord, consisterait à étendre le chapitre des comparaisons internationales de la compétitivité.

Enfin, c'est M. Tschoopp, rapporteur de langue française, qui a formulé une demande de clarification. Il y a, dans le paquet d'aujourd'hui, un arrêté fédéral portant approbation de l'extension du champ d'application de l'Accord OMC sur les marchés publics. L'actuelle loi fédérale sur les mesures économiques extérieures donne, depuis de nombreuses années, au Conseil fédéral la compétence d'appliquer provisoirement des accords économiques. L'arrêté que nous vous proposons aura tout simplement pour effet de vous éviter de devoir vous prononcer à répétition sur des modifications de portée très limitée de nos engagements découlant de l'Accord OMC actuel.

J'en viens au fond. Dans son domaine de compétence, la Confédération continue d'avoir, en permanence, trois tâches économiques primordiales:

1. La poursuite inépuisable de la revitalisation économique intérieure pour nous assurer de bonnes conditions de compétitivité.
2. L'amélioration de notre intégration institutionnelle en Europe

parce que, grâce à cette meilleure intégration, nous aurons en Europe des conditions de compétition qui élimineront la disparité et la discrimination dont nous sommes victimes.

3. Enfin, la troisième de nos responsabilités publiques, c'est la poursuite de notre politique de conquête de marchés extra-européens grâce à un réseau d'accords bilatéraux et d'accords multilatéraux qui couvrent la planète et qui sont, on peut le dire, de bonne performance.

Mais, Monsieur Moser, si nous ne nous endormons pas dans la conquête et l'amélioration de ces rapports, je veux attirer votre attention sur le fait que ces trois tâches primordiales – le marché intérieur, l'intégration en Europe, les marchés extra-européens – ne sont pas des tâches alternatives. Ça n'est pas un menu que l'on prendrait à la carte, ce sont trois tâches cumulatives que le Conseil fédéral, et son administration et sa diplomatie doivent conduire de front. Cela fait partie des conditions de l'amélioration de notre compétitivité demain.

Le lien entre commerce et droits de l'homme est fondamental. Nous le savons bien, c'est souvent la pauvreté qui est à la base des dictatures et, partant, des violations des droits de l'homme et des droits sociaux. Avec l'augmentation du bien-être, la conscience démocratique et sociale augmente, comme le montrent, par exemple, des manifestations syndicales en Corée du Sud. Ou, pour le dire avec Bertolt Brecht: «Zuerst kommt das Fressen, und dann die Moral.» A Singapour, nous nous sommes battus pour les droits sociaux avec les Etats-Unis, avec la Norvège. L'opposition des pays en développement était jusqu'à présent insurmontable. Or, il y avait unanimité pour revitaliser l'Organisation internationale du travail à ce sujet. Cette organisation est maintenant mise devant un véritable défi en collaboration avec le secrétariat de l'OMC. Oui, Monsieur Thür, oui, Madame Bäuml, au sein de l'Organisation mondiale du commerce, les débats ont été marqués par des divergences opposant sur ce point important les délégations, dont certaines voient dans la protection de l'environnement, pour parler d'un domaine connexe, un prétexte avancé pour justifier l'adoption de mesures en réalité protectionnistes – c'étaient notamment les pays en développement qui avaient ces vues –, alors qu'en réalité l'objectif doit être pris pour ce qu'il est dans son objectivité.

En ce qui concerne les pays en voie de développement, la stratégie internationale que nous développons en vue de leur meilleure intégration dans le commerce mondial a été poussée au maximum par la Suisse. Je m'en expliquerai un peu plus en détail en répondant à M. Thür en une autre occasion. Enfin, j'aimerais insister sur le fait que l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, en «français» le BAWI, a élaboré pendant quatre ans un document de base qui s'intitule «Handel und Menschenrechte» qui a trouvé un large appui des cercles ecclésiastiques et économiques. Ce papier, que vous possédez, est notre directive en matière de politique économique extérieure.

M. Ehrler a abordé un sujet particulier, celui de notre situation en Europe et dans le monde du fait de l'invasion de la maladie de la vache folle. A l'heure actuelle, 29 pays, dont cinq pays de l'Union européenne – les quatre pays limitrophes de la Suisse et l'Espagne – ont décrété un embargo partiel ou total contre les bovins suisses. Le manque à gagner est considérable pour l'agriculture de notre pays, mais bien plus important encore est le dommage que subit la réputation de la Suisse en tant que pays exportateur. En effet, de manière parfaitement injuste, nous l'avons dénoncé à de nombreuses reprises, les raisons phytosanitaires qui sont souvent opposées à l'exportation de viande bovine de la Suisse dans un certain nombre de pays – 29 – sont en réalité des prétextes, et la véritable raison doit se situer ailleurs, dans une volonté commerciale de protection.

Le Conseil fédéral est indigné par le caractère souvent arbitraire, tout à fait discriminatoire, des mesures qui ont été prises par certains de nos partenaires commerciaux. Il est évident, comme j'ai pu le dire à M. Büttiker, conseiller aux Etats, la semaine dernière, que les consultations entamées à l'OMC avec tous les pays en cause doivent nous permettre, le cas échéant, de faire suivre ces consultations de procédures de règlement des différends dans le cadre de l'OMC, car,

encore une fois, cela pèse lourdement contre notre politique commerciale et contre la réputation de la Suisse.

En revanche, les mesures de protection contre la maladie de la vache folle, arrêtées par l'Office vétérinaire fédéral suisse, sont en stricte conformité avec nos obligations internationales.

Fin avril, le Parlement se prononcera sur un ensemble de mesures économiques supplémentaires. En plus de ce que nous faisons quant au fond, ces mesures porteront sur des investissements, sur le capital-risque et sur des allègements pour les entreprises. Je souhaite que l'ambiance dans laquelle nous débattons soit celle de la confiance retrouvée dans le pays tout entier, de l'esprit d'entreprise, de la volonté créatrice, car le pessimisme poisseux dans lequel nous sommes trop souvent n'est certainement pas créateur.

Bericht 96.116 – Rapport 96.116

Präsidentin: Die Delegation beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Angenommen – Adopté

Entwurf 97.002 – Projet 97.002

Präsidentin: Der Bundesrat beantragt, vom Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik 1996/I, II Kenntnis zu nehmen.

Angenommen – Adopté

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

A. Bundesbeschluss über die Abkommen zwischen den Efta-Staaten und den Republiken Estland, Lettland und Litauen

A. Arrêté fédéral portant approbation des Accords entre les Etats de l'AELE et les Républiques d'Estonie, de Lettonie et de Lituanie

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0505)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
Aguet, Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Berberat, Bezzola, Blaser, Bonny, Borel, Borer, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühner, Carobbio, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Kofmel, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Löt-

scher, Maitre, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Spielmann, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (147)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Béguelin, Binder, Bircher, Blocher, Bodenmann, Bortoluzzi, Caccia, Cavalli, Columberg, Eggly, Ehrler, Engler, Fässler, Fehr Hans, Fischer-Hägglingen, Giezendanner, Gonseth, Gusset, Haering Binder, Hämmerle, Hegetschweiler, Hubmann, Imhof, Keller, Kühne, Ledergerber, Leu, Leuba, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Meier Samuel, Moser, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Speck, Stamm Luzi, Steinegger, Strahm, Straumann, Suter, Thanei, Vollmer, Weber Agnes, Ziegler (52)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Stamm Judith

(1)

B. Bundesbeschluss über das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Direktversicherung

B. Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord sur l'assurance directe entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0506)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Berberat, Bezzola, Binder, Blaser, Bonny, Borel, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühner, Carobbio, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuba, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Löttscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechstei-

ner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schläuer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vogel, von Allmen, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (153)

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents:

Aeppli, Béguelin, Bircher, Blocher, Bodenmann, Borer, Caccia, Cavadini Adriano, Cavalli, Columberg, Eggly, Engler, Fässler, Fischer-Hägglingen, Giezendanner, Gonseth, Häering Binder, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hubmann, Imhof, Keller, Ledergerber, Leu, Marti Werner, Maspoli, Meier Samuel, Moser, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Speck, Steinegger, Strahm, Straumann, Suter, Thanei, Vetterli, Vollmer, Weber Agnes, Ziegler (46)

Präsidentin, stimmt nicht - Présidente, ne vote pas:
Stamm Judith (1)

C. Bundesbeschluss über die Vereinbarung mit den USA betreffend die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

C. Arrêté fédéral portant approbation de la Convention avec les Etats-Unis relative à l'extension du champ d'application de l'Accord OMC sur les marchés publics

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0457)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet:

Aguet, Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Berberat, Bezzola, Binder, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schläuer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Spielmann, Stamm Luzi,

Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (152)

Der Stimme enthalten sich - S'abstiennent:

Friderici, Leuba, Sandoz Suzette (3)

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents:

Aeppli, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Caccia, Cavalli, Columberg, Deiss, Eggly, Engler, Fässler, Giezendanner, Gonseth, Gysin Hans Rudolf, Häering Binder, Hämmerle, Hegetschweiler, Hess Peter, Hubmann, Imhof, Keller, Ledergerber, Leu, Marti Werner, Maspoli, Meier Samuel, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Simon, Speck, Steffen, Steinegger, Strahm, Straumann, Suter, Thanei, Vollmer, Weber Agnes, Ziegler (44)

Präsidentin, stimmt nicht - Présidente, ne vote pas:

Stamm Judith (1)

D. Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

D. Arrêté fédéral portant approbation de l'extension du champ d'application de l'Accord OMC sur les marchés publics

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0458)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet:

Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Berberat, Bezzola, Binder, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Dettling, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hasler Ernst, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schläuer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Spielmann, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot,

Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (158)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Aguet, Béguelin, Bodenmann, Cavalli, Columberg, Deiss, Eggly, Engler, Giezendanner, Gonseth, Gross Jost, Haering Binder, Hämmerle, Hegetschweiler, Hess Peter, Hubmann, Jutzet, Keller, Ledergerber, Leu, Marti Werner, Maspoli, Meier Samuel, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Simon, Speck, Steinegger, Strahm, Straumann, Suter, Thanei, Vollmer, Ziegler (41)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Stamm Judith (1)

E. Bundesbeschluss betreffend Änderungen der Liste LIX-Schweiz-Liechtenstein

E. Arrêté fédéral portant approbation des modifications de la liste LIX-Suisse-Liechtenstein

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0459)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlín, Berberat, Bezzola, Binder, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leemann, Leuba, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Spielmann, Stamm Luzi, Steffen, Steiner, Stucky, Steinemann, Steiner, Strahm, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (158)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Béguelin, Bodenmann, Cavalli, Columberg, Deiss, Dettling, Eggly, Engler, Fischer-Hägglingen, Giezendanner, Gonseth, Gross Jost, Haering Binder, Heberlein, Hess Peter,

Hubmann, Jutzet, Keller, Ledergerber, Leu, Marti Werner, Maspoli, Meier Samuel, Nabholz, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Simon, Speck, Steinegger, Straumann, Suter, Thanei, Vollmer, Ziegler (41)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Stamm Judith (1)

F. Zolltarifgesetz

F. Loi sur le tarif des douanes

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I–III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I–III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 0460)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Alder, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Berberat, Bezzola, Binder, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Borer, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Caccia, Carobbio, Chiffelle, Christen, Comby, Couchepin, David, de Dardel, Diener, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Gadiant, Goll, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Imhof, Jaquet, Jeanprêtre, Kofmel, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Leuba, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Maurer, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Philipona, Pidoux, Pini, Randegger, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Werner, Scheurer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Spielmann, Stamm Luzi, Steffen, Steiner, Stucky, Stump, Teuscher, Theiler, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vogel, von Allmen, von Felten, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden, Zwygart (152)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aeppli, Baumberger, Béguelin, Bodenmann, Bortoluzzi, Cavadini Adriano, Cavalli, Columberg, Deiss, Dettling, Eggly, Engler, Giezendanner, Gonseth, Gross Jost, Gysin Hans Rudolf, Haering Binder, Jans, Jutzet, Keller, Kühne, Ledergerber, Leemann, Leu, Marti Werner, Maspoli, Meier Samuel, Nebiker, Pelli, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruf, Scherrer Jürg, Schlüer, Simon, Speck, Steinegger, Steinemann, Strahm, Straumann, Suter, Thanei, Vetterli, Vollmer, Ziegler (47)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Stamm Judith (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Sammeltitel Aussenwirtschaftspolitik und Europäisches Parlament. Berichte

Titre collectif Politique économique extérieure et Parlement européen. Rapports

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1997 - 08:00
Date	
Data	
Seite	486-493
Page	
Pagina	
Ref. No	20 041 719

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.